

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Telefon: Dönhoff 292-297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Berlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 8 1/2 bis 5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Telefon: Dönhoff 292-297

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Spanische Geste gegen den Völkerbund
Konferenzen in Genf.

Genf, 2. September. (WTB.) Der Völkerbund hat heute vormittag um 11 Uhr seine 41. Tagung mit einer nichtöffentlichen Sitzung eröffnet. Spanien hat keinen Vertreter entsandt.

Nach ziemlich bestimmt auftretenden Gerüchten soll heute vormittag beim Generalsekretariat bereits ein Schriftstück der spanischen Regierung eingetroffen sein, das sich mit der künftigen Haltung Spaniens zum Völkerbund befaßt. In den Wandelgängen des Völkerbundeshauses wird dieser Umstand mit wachsendem Pessimismus beurteilt. Bis gegen 12 Uhr mittags waren authentische Erklärungen weder über das Vorhandensein eines solchen Dokuments noch über seinen Inhalt zu erlangen.

Spanien tritt nicht aus dem Bund aus?

V. Sch. Genf, 2. September. (Eigener Drahtbericht.) Der Völkerbundsrat ist heute vormittag zusammengesessen. Zum ersten Male seit dem Bestehen des Völkerbundes waren nicht alle Ratsplätze besetzt, sondern es blieben zwei Stühle leer. Die Sensation des Tages war nämlich, daß nicht nur, wie erwartet, der brasilianische Sitz leer blieb, sondern daß auch Spanien schon jetzt darauf verzichtet hat, seinen Platz zu belegen. Die Hoffnungen, daß Spanien noch im Völkerbund gehalten werden kann, sind damit fast auf den Nullpunkt gesunken. Man hatte angenommen, daß es wenigstens noch an dieser Ratsitzung teilnehmen würde, da die Entscheidung der Studienkommission formell noch nicht gefallen ist. Diese tritt nämlich heute abend noch einmal zusammen, um ihren Gesamtbericht an den Völkerbundsrat endgültig anzunehmen. Die Erwartung war daher berechtigt, daß Spanien solange noch seinen Platz im Rat belegen und erst dann seinen Entschluß mitteilen würde. So hatte sogar Brasilien im Juni gehandelt, bevor es definitiv austrat. Dieses vorzeitige Fernbleiben wurde allgemein als eine grobe Unhöflichkeit gegenüber dem Völkerbundsrat betrachtet. Man erwartet die Ueberreichung einer spanischen Note, durch die zwar nicht der formelle Austritt Spaniens aus dem Völkerbund, sondern sein Desinteressement an den Angelegenheiten des Völkerbundes erklärt wird.

Spanien fehlt auch in der öffentlichen Sitzung.

Genf, 2. September. (WTB.) Auf der um 11.30 Uhr unter dem Vorsitz des tschechoslowakischen Ministers des Aeußern Dr. Beneß beginnenden öffentlichen Ratsitzung sind vertreten: England durch Chamberlain, Frankreich durch Briand, Italien durch Scialoja, Japan durch Shiji, Belgien durch Vandervelde, Schweden durch Linden und Uruguay durch Guani. Die beiden weiteren nichtständigen Ratsstaaten Brasilien und Spanien sind nicht vertreten.

Das ganze Interesse gilt der spanischen Frage, so daß die öffentliche Sitzung, in der zunächst die Berichte der Völkerbundsdelegationen für Hygienefragen und zur Bekämpfung des Handels mit Opium genehmigt werden, allgemeiner Interesslosigkeit begegnet.

Morgen nachmittag neue Ratsitzung.

Genf, 2. September. (WTB.) Um 12.20 Uhr wurde nach Abschluß des Berichts der ständigen Mandatskommission des Völkerbundes über ihre neunte Tagung von der Tagesordnung und nach Genehmigung zweier Berichte über Kinderschutz und Verkehrs- und Transitfragen die öffentliche Sitzung aufgehoben. Die nächste öffentliche Sitzung ist auf Freitag nachmittag 3.30 Uhr angesetzt.

Die zu Beginn abgehaltene Geheimitzung galt dem Vernehmen nach nicht wie sonst üblich der Regelung administrativer Fragen, sondern einer ersten Besprechung über die durch die spanische Demonstration geschaffene Lage.

Botschafter von Goesch bleibt in Genf.

Ministerialdirektor Gaus, der neben dem Botschafter v. Goesch die Verhandlungen der Studienkommission in Genf mitgemacht hat, trifft am Sonnabend in Berlin ein.

Die Sitzung der Reichsregierung heute nachmittag um 5 Uhr beschäftigt sich nicht mit der Außenpolitik, sondern mit laufenden Angelegenheiten.

Stresemann führt die deutsche Delegation zusammen.

Trier, 2. September. Minister des Aeußern Dr. Stresemann hat gestern, wie die „Trierische Landeszeitung“ meldet, an den Reichstagsabgeordneten Prälaten Dr. Kaas (Str.) die amtliche Anfrage gerichtet, ob er bereit sei, als Mitglied der deutschen Völkerbundsdelegation nach Genf zu gehen. Wie das Blatt hört, hat Dr. Kaas zugeeigt.

Die Vorbehalte der Vereinigten Staaten.

Genf, 2. September. (Eigener Drahtbericht.) Im Internationalen Arbeitsamt trat am Mittwoch die Konferenz zur Prüfung der amerikanischen Vorbehalte gegenüber dem ständigen Haager Gerichtshof zusammen. Die Konferenz, die unter dem Vorsitz des holländers Eysinga tagt, ist von 39 Staaten besucht. Der Vorsitzende erklärte in seiner Eröffnungsansprache, daß es nicht schwer sein werde, die Wünsche der Vereinigten Staaten zu befriedigen. Ihr Beitritt werde für die Zukunft des Haager Gerichtshofs von größter Bedeutung sein.

Bei der ersten Lesung hat die Konferenz gegen die ersten vier Vorbehalte keine sachlichen Einwände erhoben und sie

einmütig angenommen, wobei sie sich jedoch die Behandlung der formalen Seite ausdrücklich vorbehält.

Der erste amerikanische Vorbehalt befaßt, daß die Vereinigten Staaten mit dem Beitritt zum Internationalen Gerichtshof keine rechtliche Bindung gegenüber dem Völkerbund eingehen. Der zweite und dritte Vorbehalt betreffen das Mitspracherecht der Vereinigten Staaten bei der Wahl der Richter und ferner die Festsetzung des Kostenbeitrags für den Gerichtshof durch den amerikanischen Kongreß. Kraft des vierten Vorbehalts sollen sich die Vereinigten Staaten jederzeit wieder vom Gerichtshof zurückziehen können und ist für jede Aenderung der Satzungen des Gerichtshofes die Einwilligung der Vereinigten Staaten nötig. Der fünfte Vorbehalt verlangt, daß die Gutachten des Gerichtshofes öffentlich erstattet werden und daß ohne Zustimmung der Vereinigten Staaten kein Gutachten in einem Streit abgegeben werden kann, an dem die Vereinigten Staaten beteiligt sind oder an dem sie ein Interesse zu haben erklären. Man kam überein, daß der erste Teil dieses Vorbehalts nach der jüngst erfolgten Aenderung der Geschäftsordnung des Gerichtshofes keine Schwierigkeiten mehr bereite. Den zweiten Teil des Vorbehalts bezeichnete der Präsident als den Kern des ganzen Problems, mit dem sich die Konferenz zu befassen habe, und bedauerte, daß die Vereinigten Staaten keine Vertreter zu der Konferenz entsandt haben, weil gerade zu dieser Frage von amerikanischen Vertretern wertvolle Erörterungen hätten gegeben werden können.

Die interparlamentarische Union.

Genf, 2. September. (Eigener Drahtbericht.) Der Rat der interparlamentarischen Union beschloß, die nächstjährige Konferenz der Union in Paris abzuhalten. Die Konferenz soll sich vor allem beschäftigen mit der Bekämpfung der Bekämpfungsmittel, der Abrüstung und der Frage der europäischen Einigung.

Deutschland als „Triumphator“.

Paris, 2. September. (WTB.) Die Morgenpresse beurteilt die Lage in Genf nicht einheitlich. Der „Matin“ urteilt folgendermaßen: Der allgemeine Eindruck ist, daß Spanien sich nicht an den Arbeiten der Völkerbundtagung beteiligen und sich niemals dem vom Studienauschuss angenommenen System fügen wird. Wenn der Völkerbund nur zu einer spanischen Wand wird, hinter der sich die verschiedensten Intrigen entwickeln würden, wenn er nur noch eine Organisation ohne Macht bleiben würde, neben der die Interessen und die Bestrebungen der einzelnen Regierungen durch Geheimverträge gefördert würden, dann muß man mit einiger Besorgnis fragen, in welcher Atmosphäre Deutschland in acht Tagen in den Völkerbund eintreten werde.

„Vertinax“ schreibt dem „Echo de Paris“ aus Genf, daß Spanien sich nicht an den Völkerbundsarbeiten beteiligen werde. Brasilien und Spanien würden erklären, daß Frankreich seine Verpflichtungen nicht gehalten habe. Deutschland werde als Triumphator sich in Genf vorstellen. Es werde wahrscheinlich am 10. September ausgenommen werden und werde dort sehr rasch eine beträchtliche Mächtegruppe schaffen.

Die Linkspresse beurteilt im allgemeinen die Frage, ob Spanien an den Arbeiten des Völkerbundes weiter teilnehmen werde oder nicht, eher optimistisch.

Kongreß und Kirche in Mexiko.

Botschaft des Präsidenten: Nichts Neues vorgefallen.

New York, 1. September. (WTB.) Aus Mexiko wird gemeldet: Das Parlament wurde eröffnet und eine Botschaft des Präsidenten Calles verlesen, in der der Ratenaustausch mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika über Land- und Seefragen und die von den Vereinigten Staaten gewünschten Abänderungen erwähnt werden. Diese Botschaft, heißt es in der Botschaft weiter, stellen indessen lediglich Bestätigungen anderer mexikanischer Gesetze und der mexikanischen Verfassung dar.

Die Beziehungen Mexikos zum Ausland sind normal. Zu allen Mexiko freundlich gesinnten Ländern besteht ein herzliches Verhältnis. Die Schritte zur Wiederherstellung des finanziellen Kredits Mexikos im Ausland durch pünktliche Erfüllung seiner Verpflichtungen sind von Erfolg begleitet. Von unbedeutenden Vorfällen abgesehen, herrscht Ruhe im Lande. Das Ziel meiner Regierung ist die Ausführung eines Aufbauprogramms entsprechend den Grundzügen der Verfassung, damit Mexiko in der ganzen Welt die ihm gebührende Achtung und Freundschaft genieße und sich des Friedens und wirtschaftlichen Gedeihens erfreuen könne, worauf die Mexikaner und diejenigen Fremden Anspruch haben, die mit der ehrlichen Absicht gekommen sind, mit uns zu leben und zu arbeiten. Dem Kirchenstreit werde im Ausland eine viel größere Bedeutung beigelegt, als in Mexiko selbst. Der Streit sei durch den Klerus herbeigeführt worden, der seit jeher gegen die Republik gekämpft und den gegenwärtigen Zeitpunkt für günstig erachtet habe, um die Nichtanerkennung der Verfassung zu erklären. Soweit die Regierung in Frage komme, habe sich im Kirchenstreit nichts Neues ergeben.

Der Kongreß wird sich hauptsächlich mit der Kirchenfrage und der sozialen Gesetzgebung zu beschäftigen haben. Der katholische Episkopat ersuchte den Kongreß um Aenderung oder Widerruf der Religionsklauseln der Verfassung, auf die sich die Dekrete von Calles gründeten, die zur Einstellung aller gottesdienstlichen Handlungen in den Kirchen Anlaß gaben.

Die Tagung der Industriellen.

Die Forderungen der Industrie zur Finanz- und Wirtschaftspolitik.

Der Reichsverband der Deutschen Industrie hat als Spitzenorganisation des deutschen Industrieunternehmertums seine Mitglieder für morgen und übermorgen nach Dresden zur Mitgliederversammlung einberufen. Der Tagung kommt eine besondere Bedeutung zu angesichts der schweren Wirtschaftskrise, die Deutschland nun fast ein Jahr lang erschüttert und die zu einer riesigen Arbeitslosigkeit geführt hat. Keine noch so starken Hinweise auf die Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik des Reiches können darüber hinwegtäuschen, daß es die Sachwalter der deutschen Industrie sind, die in erster Linie die Verantwortung für die Krise und ihre Folgen tragen. Wenn jetzt der Verband der zweieinhalbtausend Syndizii, Vereinigungen und großer Einzelunternehmungen über die gegenwärtige Lage berät, so wird man von ihm verlangen müssen, daß er sich über die Ursachen der Krise ebenso klar wird wie über die Verantwortung, die das Unternehmertum als Ganzes gegenüber dem arbeitenden Volke trägt.

Warten doch weit über zwei Millionen Erwerbslose und Kurzarbeiter auf durchgreifende Maßnahmen, die die Beschäftigungsmöglichkeit der deutschen Industrie erweitern. Sie warten darauf, daß planmäßig die Erweiterung des Marktes angestrebt wird, die allein einen großen Teil der Arbeitslosen wieder in die Betriebe zurückführen kann; sie warten darauf, daß für die Uebergangszeit durch die Arbeitsbeschaffung der Regierung und durch eine großzügige Sozialpolitik der wachsenden Not großer Volksteile wenigstens so weit gesteuert wird, als das mit der Gesamtlage der deutschen Wirtschaft erträglich ist. Bei dem großen Einfluß, den die Industrie heute auf die Regierung hat, haben ihre Führer die Verpflichtung, alle diese Maßnahmen zu unterstützen. Die Dresdener Tagung der Industriellen wird also ein Symptom dafür sein, ob und inwieweit das Unternehmertum aus dem bisherigen Verlauf der Krise gelernt hat und gewillt ist, das Seine zur Ueberwindung zu tun.

Die deutsche Industrie hat, will sie diesen Weg beschreiten, noch viel umzulerern. Die Wirtschaftskrise ist herbeigeführt nicht nur durch den Krieg und seine Folgen, sondern auch durch die verfehlte Wirtschaftsführung während der Inflation, bei und nach der Stabilisierung. Viel zu spät hat man erkannt, wie notwendig eine Umstellung der Betriebe auf intensiven Absatz notwendig ist. Aber die Rationalisierung, die bisher durchgeführt wurde, hat zwar die Kosten der Produktion gesenkt, jedoch nicht die Preise. Infolgedessen mußte die Wirkung auf den Markt ausbleiben. Nur die Kapitalrente hat bisher daraus Vorteil gezogen. Diesen Zustand bezahlen Millionen von Arbeitsträften mit erzwungener Untätigkeit, mit sozialer Not. Reich und Arbeiterklasse können einen Druck dahin ausüben, daß er sobald als möglich überwunden ist. Solange aber das privatkapitalistische Unternehmertum die Mehrheit der Produktionsgüter verwalte, kann auf ihre Mitarbeit nach dieser Richtung nicht verzichtet werden.

Wohl enthielt das im Dezember vorigen Jahres vom Reichsverband vorgelegte Programm Ansätze dazu, auch an das Verantwortungsgefühl der Unternehmer zu appellieren. In eindringlicher Weise haben die Gewerkschaften auf dieses Wirtschaftsprogramm der Unternehmer erwidert, Irrtümer richtiggestellt und den Vorrang der sozialen Interessen des Volkes vor dem Profitinteresse der Unternehmer betont. Es wird sich zeigen, ob das Unternehmertum aus dieser Kritik der Gewerkschaften gelernt hat. Eine sachliche Zusammenarbeit zwischen Unternehmern und Arbeitervertretern, wie sie im Reichswirtschaftsrat und bei manchen Anlässen auch im Parlament erspürbar ist, würde jedenfalls außerordentlich erschwert werden, wenn die Unternehmer darauf beharren, den Verzicht auf die sozialpolitischen Forderungen der Arbeiterklasse als Vorbedingung für die Sanierung der Wirtschaft hinzustellen.

Der Industriellentagung in Dresden kommt auch eine gewisse politische Bedeutung zu. Es ist der wirtschaftliche Spitzenverband der deutschen Industrie, der hier tagt, während bald darauf in Köln die internationale Industriellengruppe zusammentreten, und Anfang Oktober die politische Interessengruppierung der Industrie, die Deutsche Volkspartei, auf ihrer Tagung ihre Stellung zu den gegenwärtigen politischen Tagesfragen formulieren wird. Dabei spielt eine nicht geringe Rolle die Tatsache, daß das deutsche Industrieunternehmertum in seiner wirtschaftlichen Organisation sich neuerdings gefestigt hat. Die Abspaltung eines winzigen ökonomischen Flügels aus dem Reichsverband ist, wie sich inzwischen gezeigt hat, vollkommen wirkungslos geblieben, und auf der anderen Seite hat die Zentralorganisation auch die schwere Belastungsprobe überstanden, die durch die scharfen Gegensätze zwischen Rohstoff- und Verarbeitungsindustrie während der Krise löstete, weil immer wieder Anzeichen einer Konkurrenz der Außenleiter sich bemerkbar machten, ist geworden, seit einige Gewerbezweige geringe Besserungserscheinungen aufweisen und der Kapitalmarkt günstiger geworden ist. So hat die Führung des Reichsverbandes gegenüber seinen Mitgliedern einen leichteren Stand. Wie sehr sich die Stellung des Unternehmertums im Staate gefestigt

hat, das geht allein aus der Tatsache hervor, daß nicht weniger als drei Minister, Stresemann, Curtius und Reinhold, auf der Industriellentagung sprechen werden. Die Ergebnisse der Verhandlungen werden daher für die Arbeiterschaft nach Richtung von Wichtigkeit sein, daß sie erkennen lassen, in welcher Weise die politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen ihre Kraft einsehen müssen, um gegenüber der geschlossenen Unternehmerfront ihr Recht im Staat und in der sozialen Gemeinschaft zu wahren.

Volkspartei gegen Rechtsblock?

Keine Neigung für Jarres — „Kreuzzeitung“ gegen „Germania“.

Ueber die gestrige Sitzung des Reichsausschusses der Deutschen Volkspartei weiß das „Berl. Tagebl.“ mitzuteilen: Wie wir erfahren, ist der Vorkost des Dr. Jarres, der die Deutsche Volkspartei auf eine Arbeitsgemeinschaft mit den Deutschnationalen festzulegen beabsichtigte, erfreulicherweise vollständig mißglückt. Obwohl man sich freie Hand nach beiden Seiten vorbehalten will und die engültige Entscheidung auf den Parteitag, der Anfang Oktober in Köln stattfinden wird, vertagt wurde, kann doch gesagt werden, daß mit einer sehr starken Mehrheit der Plan Jarres-v. Oagl vollständig abgelehnt worden ist. Insofern bedeutet die Tagung des Reichsausschusses einen Erfolg. Das Echo in den Kreisen der Deutschnationalen wird kein erfreuliches sein. Hinsichtlich der Außenpolitik stellte sich die Deutsche Volkspartei vorbehaltlos hinter ihren Vorsitzenden Dr. Stresemann.

Das wäre nach dem Artikel der „Germania“ die zweite Abgabe an einem Tag.

Zu dem Artikel der „Germania“, in dem der zubringliche Graf Westarp so unverblümt abgefertigt wurde, schreibt die „Kreuzzeitung“:

Die „Germania“ hat sich denn doch wohl etwas übernommen. Bekanntlich sind wir auf absehbare Zeit bei der Regierungsbildung auf Parteikoalitionen angewiesen, bei denen Grundzüge und Eigentümlichkeiten der Parteien unangetastet bleiben müssen. Was hier gefordert wird, ist aber nichts mehr und nichts weniger als ein vollständiges Aufgeben des deutschnationalen Standpunktes. Auch das Gedächtnis der „Germania“ dürfte nicht so kurz sein, als daß sie nicht mehr wüßte, wie koalitionsfähig die Deutschnationalen dem Zentrum innerpolitisch vor noch nicht einem Jahre erschienen sind. Wer sieht denn der vom Zentrum vertretenen Grundausgang vom Staat näher, die Deutschnationalen oder die sozialistische Sozialdemokratie? Obwohl darüber kein Zweifel besteht, und obwohl das Zentrum in den langen Jahren der Freundschaft mit der Sozialdemokratie von dieser niemals das Besten zu seiner Auffassung vom Staat verlangt hat, tritt man jetzt mit grundsätzlichen völlig ungerechtfertigten Forderungen hervor, um den Deutschnationalen aus tatsächlichen Gründen das Odium des schlechten Willens aufzuladen.

Wenn der hartnäckige Liebhaber an Gunstbezeugungen erinnert, die ihm früher gewährt worden sind, so hat er gar nicht so unrecht. I müßigen wäre es interessant, wenn die „Kreuzzeitung“ mitteilen wollte, was die Deutschnationalen von ihrem bisherigen Standpunkt aufzugeben gewillt sind. Denn da sie sich nur gegen ein „vollständiges“ Aufgeben wehren, müssen sie ja wohl zu einem teilweisen bereit sein.

Wieviel deutschnationale Grundzüge gehen also auf ein Ministerportefeuille?

Um Pöhners Grabstein.

München, 2. September. (Eigener Drahtbericht.) Die widerrechtlich auf dem Grabstein Pöhners angebrachte Inschrift: „Dem Vorbild treuer Pflichterfüllung das dankbare Vaterland“, die in weitesten Kreisen der Bevölkerung einen Sturm

der Entrüstung hervorgerufen hat, war am Donnerstag vormittag im Hauptauschuß des Münchener Stadtrats Gegenstand der endgültigen Entscheidung. Gegen die Stimmen der Deutschnationalen und Bäckischen beider Schattierungen wurde mit 9:6 Stimmen beschlossen, daß die Inschrift zu entfernen ist.

Stahlhelm ist Trumpf!

Auch in den Udermärktischen Schulen.

Aus Breslau wird uns geschrieben:

In Breslau scheint es nicht nur eine Selbstverständlichkeit zu sein, daß die „neutrale“ Reichswehr die „unpolitischen“ Feste des Stahlhelms verschönern hilft. Auch die Schule scheint die Domäne der vaterländischen Verbände werden zu wollen. In dem im vergangenen Sonntag in Güstrow veranstalteten Sportfest des Junglandbundes nahmen, wie der „Udermärktische Kurier“ berichtet, auch die Schulen von Horst, Gollmich und Güstow teil: Um 12 Uhr mittags begann, geführt von den Klängen der ostböhmerischen Stahlhelmskapelle, der Udermärkt, an dem sich die Ortsgruppen Röpnersdorf, Schapow und Güstow sowie die Schüler der oben genannten Schulen beteiligten.“ Die Wettkämpfe wurden abwechselnd vom Junglandbund und den Schülern ausgetragen. Die Festrede hielt der deutschnationale Agitator Lehrer Geuder-Güstow. Der Bericht meint: „Diese Verblindung der sportlichen Wettkämpfe der Jünglinge (soll heißen: der vaterländischen Verbände) und Schüler erwies sich als überaus glücklich, und so war das Ergebnis ein Fest, welches... wohl hier selbst zur ständigen Einziehung werden dürfte.“ Die Verpflanzung des aus den Reden der „Standarte“ bekannten Stahlhelmsgeistes in die Schulen ist also der Zweck der Übung.

Viedenkopf, 2. September. (srk.) Die Schüler des hiesigen Realgymnasiums beteiligten sich mit ihren Lehrern geschlossen an einem Festzug des hiesigen Kriegervereins, an der Spitze die schwarzweihrote Schulfahne. Außerdem trugen die drei Schulfahnenführer schwarzweihrote Schärpen. Am Sonntag feierte das Gymnasium ein Schulfest, gegen das auch Republikaner durchaus gar nichts einzuwenden haben. Auch in dem Festzug fiel die schwarzweihrote Schulfahne auf. Diesem Gymnasium leitet der republikanische preussische Staat einen jährlichen Zuschuß von 40 000 Goldmark.

Tagung ehemaliger Kriegsgefangener.

Reichsregierung, Ausland und Guthabenfrage.

Aus Stendal wird uns geschrieben: Ein Vertreter der Arbeitsgemeinschaft ehemaliger Kriegsgefangener fand am Sonnabend und Sonntag in Stendal statt. Den Geschäftsbericht erstattete Bösch-Berlin, der die Gründe darlegte, aus denen sich die Arbeitsgemeinschaft im Jahre 1923 von der Reichsvereinigung trennte. Die Vorstandswahl ergab folgende Zusammenfassung des Vorstandes: 1. Vorsitzender Rasenberger-Berlin, 2. Vorsitzender Heise-Bremen, Schriftführer Bobett-Berlin, Kassenwart Schmidt-Stendal. Die Geschäftsführung wurde den beiden Vorsitzenden übertragen.

Am Sonntag wurden zunächst auf dem Friedhof an dem für die ehemaligen Kriegsgefangenen errichteten Denkmal und am Denkmal der Gefallenen Kränze niedergelegt. In den anschließenden Verhandlungen referierte Heise-Bremen über „Heimförderung der Kriegsgefangenen“. Es handelt sich hierbei in der Hauptsache um deutsche Kriegsgefangene, die sich noch in Sibirien aufhalten. Ein Vertreter der Reichsregierung sprach über die „Guthabenfrage“. Die Ansprüche der Kriegsgefangenen richten sich an die ehemaligen Feindstaaten. Die Regelung erfolgt nach internationalen Abmachungen. Ansprüche auf Erstattung des vollen Lohnes durch das Reich bestehen nicht, die Beförderung wird abgezogen. England hat sich bereit erklärt, die Guthaben der Kriegsgefangenen auszus zahlen. Sie betragen 16 Millionen Mark und verteilen sich auf 2500 Berechtigte. Mit Frankreich sind die Verhandlungen noch nicht zu Ende geführt, ebenso mit Belgien. Die Sowjetregierung vertritt den Standpunkt, selbst keine Kriegsgefangenen gehabt zu haben.

Ein Vertreter des Volksbundes für Kriegsgräberfürsorge gab einen Überblick über die Tätigkeit dieser Organisation für die zwei Millionen toten Deutschen im Ausland. 2900 Friedhöfe sind in 250 Zentralfriedhöfen zusammengelassen worden. Der Volksbund steht mit 26 Ländern in Verbindung. Ueber „Besserung des Kriegsgefangenenwesens“ für den Fall künftiger Kriege sprach Bobett-Berlin. Eine Sicherung der menschenwürdigen Behandlung der Kriegsgefangenen müßte durch den Völkerbund zustande kommen. Die Hauptforderung aber müsse lauten: „Nie wieder Krieg!“ In diesem Sinne wurde an den 25. Weltfriedenskongreß in Genf ein Sympathieschreiben gerichtet.

Schaeffer, der Staatsanwalt.

Seine Ablenkung vom Fememord.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Schaeffer glaubt in meinem Telegramm an den „Vorwärts“ aus München vom 10. März 1923 den Urquell aller deutschen Fememorde entdeckt zu haben. In diesem Telegramm hatte ich darauf hingewiesen, daß der „Blücherbund“ jagungsgemäß politische Mörder unterstütze, und die Behörden auf diese Organisation aufmerksam gemacht. Da der Staatsanwalt Schaeffer nun nachträglich als Verteidiger des Blücherbundes in die Schranken tritt, so erlaube ich mir, auf folgendes hinzuweisen:

1. In der Sache des Blücherbundes heißt es: „Unsere Bewegung stützt sich auf Kampfnaturen und wird es sich zur besonderen ersten Aufgabe machen, diese Kampfnaturen zu stärken, sie vor Schaden, Verleumdung und ihre Familien vor Beeinträchtigung zu schützen.“ Ist das deutlich oder nicht?

2. Der Bund Blücher hat sich als Keimzelle des Landesverrats der Fuchs-Nachhans erwiesen. Eine Reihe seiner Mitglieder sind wegen Landesverrats (Beherbergung des französischen Agenten Oberstleutnant Richter usw.) verurteilt worden; Richter hat auch eine Parade über den Blücherbund abgenommen.

Ist das nicht Grund genug für Behörden, einer solchen Organisation Aufmerksamkeit zu schenken, Herr Staatsanwaltschaftsrat Schaeffer?

3. Daß Enthüllungen über die Geheimnisse der schwarzweihroten Behörverbände so leicht zu Fememorden Anlaß geben, ist gewiß bebauerlich. Vielleicht gelingt es den Deutschnationalen, diesem Uebelstand abzuhelfen, unter dem sie ja selbst besonders leiden. Der ermordete Student Bauer z. B. war bekanntlich Vorstandsmitglied der deutschnationalen Landespartei für Mecklenburg!

Mit einer Widerlegung der übrigen zahllosen Schleiheiten und Unrichtigkeiten Schaeffers, der es sogar fertig bringt, Viktor und Friedrich Adler miteinander zu verwechseln, will ich die Leser des „Vorwärts“ nicht behelligen. v. Püttkammer.

Das Ende der Luftkontrolle.

Das Garantiekomitee abgebaut.

Amfisch wird mitgeteilt: Nach einer am 21. August eingegangenen Note stellt das Luftfahrergarantiekomitee in Verfolg der Pariser Luftfahrtverhandlungen vom Mai mit dem 1. September seine Tätigkeit ein.

Das Freibier beim Volksentscheid. Im Juli gaben wir eine Korrespondenz wieder, in der behauptet war, der deutschnationale Landesbetriebsrat für Bayern des Zentralverbandes der Landarbeiter, Mathias Jirngibl, habe die Landarbeiter in Barming, Kreuzhof und Oberheiß (Bez. Regensburg) durch Freibier zur Stimmhaltung beim Volksentscheid veranlaßt. Jirngibl erklärt nun in einer Zeitschrift, diese Behauptung sei un wahr. Wir nehmen von dieser Erklärung Notiz, müssen aber darauf hinweisen, daß Jirngibl in der fraglichen Versammlung des katholischen Arbeitervereins, dem hauptsächlich Landarbeiter angehören, den Vortrag hielt, der zur Stimmhaltung beim Volksentscheid aufforderte. Es steht auch fest, daß in dieser Versammlung reichlich Freibier geflossen ist. Doch Jirngibl es nicht bezahlt hat, dürfen wir aus seiner Erklärung entnehmen. Da werden sich also andere „Wohlthäter“ gefunden haben.

Charell-Revue.

(Großes Schauspielhaus.)

Die Dame Revue gehört zu jenen Frauenpersonen, von denen man sagen muß: sie sind um so besser, je mehr man von ihnen spricht. Also umgekehrt als bei den üblichen bürgerlich-anständigen Frauen. Sie darf, was andere Damen nicht dürfen, sie darf „von Mund zu Mund“ gehen. Vorzüglichster, appetitlicher Titel. Hält er, was er verspricht? Es ist viel von dieser Charell-Revue gesprochen, viel und alles von ihr gesprochen worden. Was die Kritik immer forderte, Sinn und Handlung und Witz und Geist — mit starker Spitze gegen andere Revuen war diese Richtung zugesagt worden. Es ist gefährlich, mit solchem Feuer zu spielen, Spannungen zu erzeugen, die keine letzte Lösung finden. Eine viertausendköpfige Revue wartete gestern auf das große Ereignis; charakteristisch genug, daß der erste herzliche, stürmische Beifall dem vorzüglichen Jazzkapellmeister Bernard Etté galt, und daß dieser Schöpfung der Begeisterung das ganze Starensemble auf der Bühne nicht gerade sehr lautvoll in Begeisterung brachte. Der so klein gedruckte Kapellmeister Wegrowitz dirigierte eine Musik, die in dem Augenblick, da Offenbach das Feld behauptete, alle Noten von Darensti, Kern, Frini, Propper, Caesar vergessen machte. Das einzige Duplet „Kaus mit den Rannern aus dem Reichstag“ (Holländer) hatte Schmitz und Verpe. Sonst behielt man noch den Anfangsrefrain „Bon Mund zu Mund“ und die Pointe „Ich bin zur Treue nicht geboren“.

Nun aber Erik Charell selber. Er war und ist die Hoffnung, das Genie der Revue. Er hatte in den beiden Schau-Spielen „Für Dich“ und „An alle“ gezeigt, was ein geborener Regisseur kann, wie durch die schönste Aufmachung an Kostümen und Frauen und Tanz ein Zug Temperament geben kann, wie auch die Revue künstlerische Ambitionen erfüllt, wenn der Geist eines Gestalters die Fäden hält. Wenn ein Charell an der Revue strauchelt, oder doch, wenn er einen Rückschritt macht, wie gestern, so ist das ein weiteres Zeichen dafür, daß die Revue in der Agonie liegt, daß die Ueberläufigkeit da ist, daß ein großer, gähnender Stillstand das Metier lähmt. Charell hat 100 Girls wundervoll erzogen, so daß man die Regie vor Lebendigkeit und Flottigkeit nicht mehr merkt; er hat ein beständiges, wenn auch noch lange nicht französisches Tempo, er hat Blick für neue, phantastische Bilder, die ihm Stern, Trier, Zig an Hintergründen, Vorhängen, Kostümen prachtvoll liefern. Auch eine Handlung erfindet er; aber sie ist dürftig. Was gäbe es wohl Besseres, als fünf Deutschen Linderhof träumen, den Traum sichtbar in Erfüllung gehen zu lassen! Der zweite Teil zeigt, wie die Wirklichkeit ausliegt: der Casanova-Träumer verschrieb sich der Konfession, der Indianerhäuptling dem Schönheitskult, der Zauberer dem Revue-theater. Das ist gut gesehen, und die Schöpfungsgeschichte, die da in schnellen Bildern gezeigt wird, ist so apart, wie etwa der Tanz der Rastotts, die Uttersmündschau. Wie gelangt man Schönes, reizvolles zu sehen, und sogar durch Dialog einiger-

machen in Verbindung gebracht. Doch das große Ereignis? Ich finde, ein Revue-Ei sieht dem anderen verdammt ähnlich, und die erwartete Originalität Charells blieb doch ein schöner, gut gemeinter, von Mund zu Mund klingender Wieder-Haller.

Feldbesetzungen der Starsollen kamen hinzu. Die Gächner, als Berliner Range gut, wirkt mit der Geziertheit ihrer Commèresprache höchst latmogant. Claire Waldoff reißt mit altem und neuem Schlagler ein Berlin von heute nicht mehr hin, als Sprecherin ersterer Anreden an das Volk aber wird sie unerträglich. Kurt Bois verklärt manches Gesungene, ist aber die Labung selber in Tanz und Witz. Bendows Eindeutigkeiten gehen in der Wiederholung langsam und sicher verloren. Die beiden Witz, die er liefert, sind so alt, wie Moritzchen selber. Wahmann kann sich nur in der Theaterszene blödelnd austoben. Hat Charell nichts neues gefunden? Doch, den Tänzer Douglas und Alma Barnes, die entsetzlich unsauber singt, aber eine bezaubernde Instrumentenimitatorin ist. Also: wer sehen will, der kommt auf seine Kosten. Wer das große Ereignis sucht, schraube Hoffnungen zurück. Eine sehr schöne Revue. Aber nicht mehr.

Kurt Singer.

Der „Biberpelz“ im Thalia-Theater.

Das Thalia-Theater, in dem bisher leichte Operetten gelungen wurden, gehört nun auch zur Volksbühne. Hans Felix, der hauptsächlich mit den Mitgliedern der Volksbühne sein Haus füllen will, hat es ganz gemächlich herrichten lassen. Man hat wirklich das Gefühl, in ein einladendes Theater zu kommen. Es ist nicht mehr so unbehaglich, wie einstmal im Zentraltheater, wo die Kunstenthusiasten es schwer hatten, in dem etwas muffig gewordenen Kunstsal oder Kunstgefängnis ihr Herz zu erwärmen.

Man will im Thalia-Theater auch ernste Kunst betreiben. Berthold Viertel, der tüchtige Regisseur, wurde für den „Biberpelz“ und für andere Inszenierungen verpflichtet. Natürlich ist der Regisseur gerade bei der Vorbereitung einer solchen Komödie, die schon tausendmal in Berlin gespielt wurde, durch die Ueberlieferung gebunden. Da darf nicht viel experimentiert werden. Es ist nur nötig, daß die Truppe ordentlich zusammengehalten wird. Ja, so sehr lebt diese Diebeskomödie von dem nun einmal zu ihr gehörenden Darstellungsvermögen, daß auch schon der leiseste Versuch als strafbar empfunden wird, von dem Alten abzuweichen. Der Regisseur schrieb z. B. vor, daß Amtsdiener Mitteldorf ein Mannlein von besonderer Blödsinnigkeit sein soll. Der humoristische Aktant wurde verstärkt. Das Komödienhafte wurde in die etwas niedrigere Operette hineingezogen. Der Ton, der so hörbar wurde, klang wie ein lustiger, doch wie ein fremder Ton. Auch dieser Amtsdiener ist bei Hauptmann eine naturalistisch eingepferchte Kreatur. Man muß sich hüten, die Photographie, die der Dichter gibt, allzu scharf ins Phantastische zu retuschieren. Der Regisseur qualte sich irgendwie, von diesem traditionellen Naturalismus loszukommen, und es gelang ihm nicht.

Aber auch die Schauspieler, über die der Regisseur verfügte, stehen noch nicht in einem wohlgeordneten Ensemble zusammen. Die Darstellung wurde durchaus provinziell. Doch gerade dieser Anfang

mit dem „Biberpelz“ und in dem wirklich behaglichen Hause hätte größere Freude bringen, freudigere Hoffnung erwecken sollen. Frau Elle Bäck-Reiß spielte die Mutter Wollen. Da diese wertvolle Darstellerin von derben Rollen seit Jahren nicht in den Vordergrund kommen konnte, da sie aber dem fleißigen Beobachter stets als eine vorzügliche Künstlerin erschien, so war man zufrieden, sie jetzt in der großen Rolle sehen zu können. Frau Bäck betont die Verlogenheit der genierten Diebin, sie versagt, wenn das Muttergefühl durchbrechen soll. Die Klugheit der Künstlerin ist wohl größer als die Primitivität ihres Herzens. Wundervoll Herr Diegelmann, ein Veteran für die Rolle des alten Wolf und bestimmt ihr klassischer Darsteller. Dieser Künstler, der aus einer schon entrühten Zeit des Naturalismus mit all seiner Kraft und mit all seiner künstlerischen Disziplin und komödiantischen Mannigfaltigkeit zu uns herüberkommt, blieb ziemlich vereinsamt auf der Bühne. M. S.

Diktatorenämmerung.

Hellas schmückt die Stirn mit Lorbeerzweigen, Denn auf Kreia brummt jetzt der Tyrann. Mussolini liebt's. Ihm wird so eigen: Andere Jellen künden laut sich an.

Auch in Spanien schlägt die neue Aera In den Tontal der Diktatur. Morgens, mittags, abends kommt Rivera Einem Puffschperls auf die Spur.

Aus dem dicken Rebel um den Kremel, Wie es da so heilig groß und blüht! Wackeln selbst in Russland schon die Schemel, Drauf der Chor der Diktatoren sitzt!

Sorge bleicht Italiens Bürgerbelland: Soll' auch seine Stunde nahe sein? Und er sinn, beschied und sperrt in Malland Alle Kartenjägerinnen ein.

Aber ob den Schiffsführerinnen Er gewalttätig auch den Mund verstopft, Seinem Schicksal wird er nicht entrinnen, Das schon warnend an die Türe klopf.

Peter Michel.

Die Volksbühne hat während des Umbaus der Staatsober für ihre Mitglieder auch in dieser Spitzzeit die Oper am Vink der Republik (Kraus-Oper) an drei Tagen der Woche ganz zur Verfügung.

Ein musikalischer Abend (Klavier, Violine, Vieler zur Laute) wird von der Arbeiter-Lustausstellung am Freitag, abends 8 Uhr, in der „Arbeiter-Lust“, Parochialstraße 29, veranstaltet.

Die Bildausstellung der Deutschen Kunstgemeinschaft wird für Anfang September im Schloß vorbereitet. Die Ausstellung soll für weite Kreise die Anregung geben, unsere Künstler wieder mehr als bisher mit Vorträgen aufzutragen zu bedenken.

Verleumdungskrieg gegen Severing. Die neue Baumeisterei.

Der jactsam bekannte Aldeutsche Baumeister legt trotz der Abfuhr, die er überall sich geholt, seinen Spriherfeldzug gegen Severings weiße Weste fort. Und der Schlichting, der sich einst als „alter Parteigenosse“ in die Freundschaft Severings drängte, liefert ihm dazu das Material.

Das neue „Material“, das heute von Baumeister in der „Deutschen Zeitung“ veröffentlicht wird, besteht zunächst aus einem Brief einer Bankfirma David Homburger — einer inzwischen wohl eingegangenen kleinen Privatbank aus der Inflationszeit — an Schlichting. Dieser Brief war dem Minister Severing bis heute nicht bekannt. Der Brief lautet nicht etwa „an die Herren Schlichting und Severing“, was beim Bestehen eines gemeinsamen Kontos dieser beiden Personen die banal- und geschäftsmäßige Adressierung gewesen wäre, sondern „an Herrn Schlichting-Severing“. Daraus kann nur der Schluss gezogen werden, daß Schlichting wahrscheinlich mehrere Konten gehabt und eines davon auf den Namen Severings benannt hat. Wird bei einer Bank ein gemeinsames Konto zweier Personen eröffnet, so verlangt jede Bank, daß beide Personen ihre Unterschriften geben; Severing ist aber um seine Unterschrift nicht ersucht worden, so daß es sich also um ein Konto Schlichting gehandelt hat, das er selbständig und eigenmächtig ohne Wissen und Billigung Severings mit dessen Namen bezeichnet hat.

Nach dem Datum des Briefes, dem 20. September 1923, geht hervor, daß Schlichting dieses Konto noch über den Zeitpunkt hinaus hat bestehen lassen, bis dann Severing durch Genossen Stahl davon erfahren und Schlichting aufgefordert hat, dieses Konto sofort löschen zu lassen. Es ist bereits bekannt, daß Schlichting zugab, das zu tun, aber bemerkte, es seien noch 300 000 M. Gewinnanteil für Severing vorhanden, worauf Severing erwiderte, Schlichting möchte dieses Geld der Severingschen Sammlung für die kämpfenden Ruhrarbeiter zuführen.

Weiter behaupten die Kommunisten, daß Severing sich „für Schlichting verwendet“ habe. Zum Beweise dafür wird ein Brief Severings an den Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht angeführt. Damit verhält es sich so: Severing lag krank zu Bett und fühlte sich außerordentlich schlecht; Schlichting kam auf Krankenbesuch zu ihm und beauftragte Severing, ihm eine Unterredung mit Dr. Schacht zu vermitteln, ohne allerdings zu sagen, daß er ein Reichsbankdarlehen dabei erlangen wolle. Severing hat auf dieses Drängen ein paar Zeilen an Dr. Schacht geschrieben, wobei er mit einigen persönlichen Worten begann und dann Dr. Schacht ersuchte, einen weltfälligen Landsmann Severings, der glaube, ohne des Ministers Fürsprache nicht vorgehen zu werden, doch zu empfangen, da der Minister den Schlichting für einen soliden Geschäftsmann halte. Damals war Severing dieses Glaubens.

Der nächste Punkt ist die angebliche Beschaffung einer Hypothek der Kreisparlatte Calbe in Schlichting durch Fürsprache Severings. Dazu hat der Landrat in Calbe am heutigen Tage auf amtliche Anfrage von Berlin dienstlich mitgeteilt, daß Severing an der Bewilligung dieser Sicherheitshypothek in keiner Weise mitgewirkt, noch davon gewußt hat. Die Sparkasse hat 75 000 M. auf das Grundstück Schlichtings gegeben, sie fühlt sich heute von ihm betrogen, weil sie angenommen hatte, daß die Villa mitbelastet werde, während Schlichting die Villa herausgelassen hat!

In dem weiter angeführten Fall Rauen ist es genau so, daß nämlich Severing nichts damit zu tun gehabt und nichts davon gewußt hat.

Schließlich wird noch behauptet, ein Brief der sozialdemokratischen „Welterwartung“ beweise, daß die Unterstützung von 25 000 Papiermark im Schoß durch Severing an sie gelangt sei. Die vorhandene Korrespondenz Severings und seine persönlichen Erinnerungen beweisen, daß auch diese Angabe nicht zutrifft. Aber selbst wenn sie zuträfe, so hätte das gar nichts mit den Anklagen zu tun, die Baumeister gestilltlich dunkel läßt, damit jeder jedes vermuten kann.

Die „Schwarzhemden“ gegen die Armee.

Die Feindseligkeit der italienischen Armeeoffiziere.

Paris, 1. September. (Eigener Bericht.) „Tre Nouvelle“ erfährt aus Rom, daß in Genua ernsthafte Zwischenfälle zwischen Mitgliedern der faschistischen Miliz und Offizieren der italienischen Armee sich ereignet haben. Ein Centurio (höherer Offizier) der Mussolini-Miliz stellte in völlig betrunkenem Zustande einen niederen Offizier der Armee auf hellster Straße wegen der Unterlassung des Grußes zur Rede und schlug schließlich diesen, der sich damit entschuldigte, ihn nicht bemerkt zu haben, zweimal mit seiner Reitpeitsche ins Gesicht. Um die in seiner Person angegriffene Ehre der Armee zu rehabilitieren, zog der Offizier in der Notwehr seine Pistole und schoß seinen feigen Angreifer nieder. Diese in der Notwehr begangene Tötung war für die Faschisten von Genua das willkommenste Signal, neue Zwischenfälle gegen die Offiziere der Armee zu inszenieren. Diese Zwischenfälle und Bestätigungen wuchsen sich nur wegen des energischen Dazwischentreitens der Polizei nicht zu einem offenen Kampfe aus. Aber sie sind bezeichnend für den latenten Kriegszustand, der schon seit langem zwischen den Offizieren der Armee und den Führern der Miliz besteht. Der Faschismus vereachtet die nationale Armee, deren Sympathien ihm nie gehört haben. Die Offiziere der Armee sind ihrerseits über die schnelle Beförderung der Offiziere der Miliz verärgert, die ihre Grade oft genug durch die dunkelsten Unternehmungen, selbst durch Mord und andere Verbrechen, erlangen und ihnen im Range gleichgestellt werden. Aber mehr noch als die Interessen der Laufbahn und des Ranges ertrübt die Offiziere der Armee und beleidigt sie in ihrer Würde die Tatsache, die „Centurionen“ und anderen Führer der Miliz als ihre Gleichen oder Ranghöheren grüßen zu müssen, die aus der Hefe des Volkes herausgewählt worden sind, darunter wegen Unwürdigkeit aus dem Heere ausgestoßene Offiziere und selbst zweifelhafte Persönlichkeiten, die ein langes Strafregister wegen der gemeinsten Verbrechen aufzuweisen haben. Man kann ohne Übertreibung behaupten, daß die faschistische Miliz der Unterschluß von verbrecherischen Elementen ist, vom gemeinen Mann an gerechnet bis zu den Spitzen ihrer Hierarchie. Die Offiziere der Armee empfinden den Grußzwang ihnen gegenüber als eine Beleidigung und erfüllen ihn daher nur gezwungen. Die Milizoffiziere wissen, wie sie von ihren Kollegen in der Armee über die Schulter angesehen werden, und achten daher eifrig auf die ihnen zukommenden „Ehren“. Diese Lage der Dinge erklärt die Zwischenfälle in Genua, die nur ein lehrreiches Symptom für einen Gefährdungszustand sind, der vielleicht einmal entscheidende Bedeutung für die Existenz des faschistischen Regimes erlangen kann.

Eine zweifelhafte Ehreung für Briand. Aus Anlaß des Abchlusses des französisch-rumänischen Vertrages will die rumänische Regierung, einer Hypothese zufolge, eine Straße von Bukarest nach Briand benennen.

Kleingärten-Schauen.

Wenn der Wind über die Stoppelfelder bläst, wenn die Obstbäume sich unter der Wucht der reifenden Früchte zur Mutter Erde neigen, um auf diese Weise der Aernährerin ihre Reverenz zu machen, rüsten die Kleingärtner zum Wettbewerb ihrer Erzeugnisse. Alljährlich wiederkehrende Ausstellungen haben nicht zuletzt das Kleingartenwesen zu derjenigen Bedeutung gebracht, welche es heute für die gesamte Volksernährung und -gesundheit darstellt. Der Reichsverband der Kleingartenvereine Deutschlands hat seit seinem fünfjährigen Bestehen im Ausstellungswesen Hervorragendes geleistet, indem er ganz neue Wege eingeschlagen hat, die großen Schauen seiner ihm angeschlossenen Verbände beschend und anspornend für die Kleingärtner, sowohl als auch werbend und auffärend für das große Publikum zu gestalten. Für Behörden und Sozialpolitiker wird hier reichhaltiges, wertvolles Material gezeigt. Statistiken geben erschöpfend und zuverlässig über das Kleingartenwesen Auskunft. Die gezeigten Früchte und Gemüse sind durchweg edelster Art und in Qualität und Aussehen erstklassig. Die Preisrichter, welche meistens von der Landwirtschaftskammer und den Behörden (Kleingartenämter) gestellt werden, richten streng und unparteiisch. Die Preise werden vom Staat, der Gemeinde und der Organisation der Kleingärtner gestiftet und kommen in äußerst beschränkter Anzahl zur Verteilung. Die Vereine, die Preisträger werden wollen, müssen schon ganz hervorragende Erzeugnisse zur Ausstellung bringen, und so versteht sich auch die hohe Qualität der gezeigten Ausstellungsobjekte.

Die vielfach mit den Kleingartenbau-Ausstellungen verbundenen Kleintierausstellungen beweisen, daß die Kleingärtner auch mit Erfolg Kaninchen aller Rassen, Hiegen, Schafe, Hühner, Enten, Gänse und Tauben zu züchten verstehen.

Am 19., 20. und 21. September d. J. hält der Bezirksverband Tempelhof e. V. seine zweite große Ausstellung in den Geländeträumen von Graf's Gesellschaftshaus in Marienbergl, Chausseest. 305, Ecke Eisenacher Straße, ab. Eine Reihe von Vorträgen umrahmt die Ausstellung. Eine besondere Note erhält die Ausstellung dadurch, daß man am Dienstag, den 21. September, circa 100 Altrentnern und Ortsarmen eine Frierstunde bereitet. Die Ausstellung wird am Sonntag, den 19. September, mittags 12 Uhr, eröffnet. Das Eintrittsgeld ist so gehalten, daß jedermann der Besuch ermöglicht ist. Arbeitslose haben bei Vorgelegung ihrer Stempelkarte freien Eintritt. Ebenso ist Schulen unter Führung der Lehrer freier Eintritt vorbehalten. Fahrverbindungen sind Straßenbahnlinien 25, 97, 99, 199, Omnibuslinie nach Vlietenrade.

Weitere Geständnisse des Raubmörders Böttcher.

Wie wir bereits berichteten, bestand gegen den wegen Mordes verhafteten Karl Böttcher von vornherein der Verdacht, daß er außer den schon bekannten Raubüberfällen noch deren mehr auf dem Kerbholz haben müsse. In einem erneuten Verhör durch Kriminalrat Gennat hat Böttcher noch sechs weitere Überfälle zugegeben und geschildert. In der Nähe des Restaurants Hundesteile überfiel er, seinem Grundlag getreu, eine einzelne Dame und zwang sie mit vorgehaltener Waffe, ihm die Handtasche herzugeben. In der Tasche befanden sich 60 M. Am 15. August, abends gegen 10 1/2 Uhr, fiel der Verbrecher am Königsweg einen Herrn und eine Dame an, die dort spazieren gingen. Das ist der einzige Fall, in dem Böttcher sich an einen Mann wagte. Er hielt dem Herrn die Pistole an die Stirn und forderte die Herausgabe der Brieftasche. Dem Herrn blieb angesichts der Waffe nichts weiter übrig, als der Aufforderung Folge zu leisten. Diesmal war die Beute recht erheblich. Außer deutschem Gelde enthielt die Brieftasche 200 Lire und Personalpapiere. Trotzdem war der Räuber noch nicht zufrieden. Ihn reizte die Handtasche der Dame, in der er ebenfalls Geld vermutete. Die Dame rief zwar um Hilfe, Böttcher rief ihr aber trotzdem die Tasche weg und verschwand im Dunkel des Waldes. Vor einem Total in Eggersdorf saß er im Fahrrad und verkaufte es in Berlin für 50 M. In der Nähe des Bahnhofs Eichkamp überfiel der Bursche nicht weniger als drei Frauen und rief ihnen jedesmal die Handtaschen weg, während er sein Opfer mit der Waffe in Schach hielt. Mit den von ihm eingeräumten Überfällen ist sein Konto aber zweifellos noch nicht erschöpft. Die Nachforschungen der Kriminalpolizei gehen noch weiter.

September-Prognose: Schön Wetter.

Nachdem uns die „himmlische Vorlesung“ den schönen Sommer zu einem unwillkürlichen Dauerbade verregnet ließ, sind wir skeptisch geworden. Mit täglich neu gestärktem Mistrauen sehen wir frühmorgens auf das Barometer. Das schöne Augustende und die strahlende Premiere des September sind uns in Wetterdingen dies Jahr wahrhaftig nicht verwöhnter wie eine süßliche Baune der oberen Regionen erschienen, hinter der weitere böse Überraschungen stecken. Den Bestimmten kann daher erwidert werden: Diesmal ist's lautiere Wahrheit: Der September wird höchstwahrscheinlich heiter und warm werden, wenn auch kleine vorübergehende Störungen nicht ausgeschlossen sind. Der 1. September war mit 28 Grad der wärmste Tag der letzten Wochen. Es ist für den September ein enorm hoher Wärmegrad. Im allgemeinen mißt man im September eine Höchstgradzahl von + 25 Grad. Für Freitag ist mit einer Fortdauer des warmen Wetters zu rechnen, dann wird allerdings für wenige Tage vorübergehende Abkühlung und Bewölkung, jedoch ohne Niederschläge, eintreten. Von Osteuropa ist ein umfangreiches Hochdruckgebiet im Anzug, dem von Westen ein zweites folgt. Zwischen beide schiebt sich eine schmale Tiefdruckrinne, die sich nur in vorübergehender Abkühlung ohne Feuchtigkeit geltend machen wird. Die Septemberprognose lautet also: Schön Wetter. Ein Nachsommer ist in Sicht, der zwar das verregnete Sommerpensum nicht völlig ausgleichen, aber vieles wieder gut, oder sagen wir trockenmachen kann.

Das Kolonisationswerk des „Joint“.

Das „American Joint Distribution Committee“ ist eine Vereinigung amerikanischer Juden, die das Ziel verfolgt, den notleidenden jüdischen Massen Osteuropas materielle Hilfe jeder Art anzubringen zu lassen. In einer Profekonferenz in ihren Räumen in Charlottenburg, Anelebedstraße, gaben die Vertreter des Joint eine Uebersicht über die geleistete Arbeit besonders in Rußland. Durch eine energische Werbetätigkeit unter der Führung Warburas sowie repräsentativer christlicher Persönlichkeiten, unter anderem des Cardinals von New York, Patric Hays, gelang es, insgesamt 75 Millionen Dollar für die Kolonisation flüssig zu machen. Die Stellungen in Rußland sind auf großartigster Basis aufgebaut. Allein in der Ukraine hat der Joint 500 000 Morgen Land besiedelt und Tausenden jüdischer Familien Arbeit, Brot und Heimat verschafft. Die Sowjetregierung kommt den Bestrebungen des Joint entgegen. Die von ihm geflossenen Schulen werden staatlich gefördert. Die Projekte für die Zukunft sind ebenso planmäßig wie großartig: Im Laufe eines Jahres will das Committee hundert neue Dörfer gebaut und besiedelt haben.

Der Volkshor Königsberg i. Pr. in Berlin.

Am Sonnabend, den 11. September, wird der Volkshor Königsberg, Mitglied des VSB, mit 180 Sängerinnen und Sängern als Gast des Berliner Arbeiter-Sängerbundes in Berlin eintreffen. Der Chor wird vormittags 11 Uhr auf dem Schleißer Bahnhof ankommen und dort empfangen werden. Abends 7 1/2 Uhr gibt der Chor im großen Saale der „Neuen Welt“, Hofenheide, ein Konzert mit Volksliederchören, dessen Programm

Beachtung verdient. Anschließend hieran wird der Gau Berlin eine Begrüßungsfeier für die ostpreussischen Volksgenossen veranstalten. Neben den offiziellen Begrüßungen wird eine Anzahl der besten Chöre des Bundes den Gästen gesungene Darbietungen bringen. Der Eintritt beträgt 1 M. Es wäre zu wünschen, daß die Arbeiterschaft den Königsberger Genossen die mit großen Opfern unternommene Fahrt durch ein volles Haus belohnt. Am Sonntag wird der Chor nach Besichtigung des Reichstages und der Sehenswürdigkeiten gegen 1 Uhr einige Wieder auf dem Kreuzberg im Freien singen. Am Montag ist ein Besuch Potsdams geplant.

Tödlicher Schuß aus dem Schuporevolver. War es Notwehr?

Beim Angriff auf einen Polizeibeamten wurde gestern nach gegen 1 Uhr der 26 Jahre alte Arbeiter Fritz Raak aus der Falkensteinstraße 38 erschossen. Ein Russer Th., der ebenfalls in der Straße wohnt, hatte seinen Hund noch einmal ins Freie geführt. Unterwegs begegnete ihm eine Schar junger Burschen, die ihn anrempelten. Als er sich das verbat, nahm ihm einer von ihnen — der Arbeiter Raak — die Hundepetische weg und bedrohte ihn damit. Th. wandte sich an einen Schupobeamten um Schutz und bat um die Feststellung des Raak. Als der Beamte sich anschickte, die Personalien aufzuschreiben, bedrängte ihn die ganze Schar, deren er nicht einmal mit dem Gummihüpfel Herr werden konnte. Th., der die schwierige Lage des Beamten sah, rief bei der Wache des 109. Reviers an, und ein zweiter Beamter erschien zur Unterföhung. Aber auch jetzt ließen die Angreifer, deren Zahl noch gewachsen war, nicht ab. Weil die Beamten mit ihren Knüppeln nichts ausrichten konnten und befürchten mußten, zu Boden gerissen zu werden, so gaben sie schließlich aus ihren Dienstwaffen je einen Schuß ab. Raak brach getrieben zusammen. Die fortgesetzten Angriffe hinderten die Beamten daran, den Verletzten nach der Rettungsstelle zu bringen. Dorthin wurde Raak von seinen Freunden gelockt. Beim Eintreffen der Beamten, die sich endlich hatten befreien können, war er bereits tot. Die Leiche wurde beklagmählt.

Es wird Sache der Untersuchung sein, genau festzustellen, ob es sich hier wirklich nur um einen Akt der Notwehr handelte.

Ueberfall auf einen Polizeibeamten.

Ein anderer Vorfall, der noch der weiteren Klärung bedarf, ereignete sich heute nacht vor dem Hause Pettenkoferstraße 38. Der Hauptwachmeister Regler aus der Dolziger Straße befand sich um 2 Uhr nachts auf dem Heimwege, als er vor dem Hause Pettenkoferstr. 38 von drei Männern, die dort im Loreingang gestanden hatten, angerempelt wurde. Regler, der im Jiddi war, verbot sich die Belästigung, worauf die drei Unbekannten über ihn herfielen und ihn durch Messerstücke sehr schwer verletzten. Auf die Hilferufe des Verwundeten eilten Passanten herbei, bei deren Rufen die Täter die Flucht ergriffen und auch entkamen. Der Hauptwachmeister wurde ins Hubertus-Krankenhaus gebracht, wo er zurzeit noch schwer daniederliegt.

Ein Postdefraudant verhaftet.

Am 31. August kückete, wie wir mitteilten, der 38 Jahre alte Postassistent Paul Becker, nachdem er 10 000 Mark Amts-gelder unterföhlen hatte. Die Vermutung, daß er in Begleitung einer Geliebten geflüchtet sei, hat sich nunmehr bestätigt. Die unausgesprochenen Nachforschungen der Kriminalpostdienststelle ergaben, daß diese Geliebte eine 27 Jahre alte, aus Holstein gebürtige Jrmgard Hinrichsen sein mußte, die den Strafbehörden nicht unbekannt ist. Soeben wurde das Paar in Holstein aufgespürt und verhaftet. Bei dem ungetreuen Beamten wurden nach 8000 Mark von dem unterföhlagen Gelde vorgefunden und beklagmählt. Der Plan, nach Holstein zu flüchten, stammte von dem Mädchen, das glaubte, niemand habe Kenntnis von ihren Beziehungen zu Becker. Die beiden Verhafteten werden nach Berlin gebracht werden.

Verzweiflungstat einer Mutter.

Den unseligen Entschluß, mit ihrem Kind aus dem Leben zu gehen, wollte heute morgen kurz nach 8 Uhr die 21 Jahre alte Ehefrau Elfriede D. in der Wohnung ihres Schwagers B. in der Adamsstraße 20 zu Spandau ausführen. Die junge Frau war seit etwa zwei Jahren verheiratet und wohnte mit ihrem Mann und einem kleinen Kinde in der Brunnenstraße 12 in Spandau. Die Ehe war in der letzten Zeit getrübt. Frau D. war vor einigen Tagen mit dem Kinde zu ihrem Schwager übergesiedelt, weil sie sich von ihrem Mann trennen wollte. Als heute früh der Schwager mit seinen Angehörigen in seine Laube gegangen war, öffnete die junge Frau die Gashähne und erwartete den Tod. Durch die vorzeitige Rückkehr des Schwagers konnte sie aber gerettet werden. Mutter und Kind wurden schwerkrank in das Spandauer Krankenhaus gebracht.

Von Eisenbahnzügen überfahren.

Einen schrecklichen Fund machten heute morgen Bahnbeamte beim Abfahren der Gasse in der Nähe von Biesdorf. Etwa 1000 Meter vom Bahnhof entfernt wurde zwischen den Schienen liegend eine weibliche Leiche aufgefunden, der der rechte Arm und das rechte Bein vom Kumpf getrennt waren. Die Leiche wurde als die 50jährige Ehefrau Bertha Karmin aus der Friedrichstraße zu Biesdorf festgestellt. Anscheinend liegt ein Unglücksfall vor. Die Leiche wurde beklagmählt und zur Biesdorfer Leichenhalle gebracht. — Aus noch unbekanntem Grund stürzte sich gestern abend der 20 Jahre alte Erich Bindau aus der Grellstr. 32 aus seinem fahrenden Vorortzug, etwa 2 Kilometer hinter Friedrichshagen. Mit schweren Kopf- und Handverletzungen wurde der Selbstmörder zur Rettungsstelle und nach Anlegen der Verbände in seine Wohnung gebracht.

Die Unwetterkatastrophe in Spanien.

Paris, 2. September. (Tl.) Ueber das Eisenbahnunglück in Spanien wird ergänzend berichtet, daß bisher 24 Tote und 88 Verwundete festgestellt sind. Ueber die Verberungen des Unwetters in weiten Gebieten des Landes werden noch folgende Einzelheiten bekannt: Ein Industrieller aus Barcelona, der eine Autofahrt mit seiner Familie unternahm, wurde vom Unwetter überfallen. Das Automobil geriet ins Gleiten und überföhlte sich. Alle Insassen des Autos wurden getölet. — In der Ortschaft Santa Antonia verursachte das Eindringen der Wolkenmassen in eine Fabrik eine schwere Explosion, wobei drei Arbeiter getölet und zehn schwer verletzt wurden. — In der Provinz Bimera wurden acht Personen getölet, fünf schwer verletzt. — In Malaga zählt man fünf Tote und 18 Verwundete, die teils durch Blissschläge getroffen wurden. — In der Ortschaft Mora zählt man sieben Tote und 60 Verwundete. In Cordoba war das Gewitter so heftig, daß sich Frauen und Kinder in die Kirche flüchteten. Hier Personen wurden durch Blissschlag getölet. Die angeschwollenen Flüsse führen zahlreich Tierleichen und Möbelstücke mit sich. Die Schäden werden auf vier Millionen Peseten geschätzt.

Geistesgegenwart eines Lokomotivführers.

Eine neue Schnellzugsentgleisung ereignete sich am Mittwoch vormittag unweit der Station Gengenbach der Badischen Schwarzwaldbahn. Die Maschine des D-Zuges, der den Bahnhof Offenburg um 9 20 Uhr vormittags verließ, sprang etwa 600 Meter hinter der Station Gengenbach aus den Schienen und rief den Bahntörper in einer Länge von 200 Metern auf. Der Geistesgegenwart des Lokomotivführers war es zu danken, daß er die Lokomotive, die auf dem Bahntörper weiterfuhr, kurz vor einer Unterföhung zum Stehen brachte.

Lohnerhöhung für die Gemeindearbeiter.

Zwei Pfennig pro Stunde für Vollarbeiter.

Nach vorausgegangenen Verhandlungen zwischen dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter und dem Magistrat der Stadt Berlin hat dieser heute beschlossen, die Löhne der in den städtischen Betrieben beschäftigten Vollarbeiter um zwei Pfennig je Stunde zu erhöhen. Gegenwärtig finden auch Verhandlungen mit den Direktionen der städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke statt, um diese Lohnerhöhung auch auf die Arbeiter der städtischen Betriebe auszudehnen.

Die Hilfe für die englischen Bergarbeiter.

Und die Lügen der Kommunisten.

Die Presseberichte des Internationalen Gewerkschaftsbundes veröffentlichten in ihrer Nr. 33 vom 31. August die Erklärung des ADGB über die angeblichen „Bucherzinsen“, die von den deutschen Gewerkschaften für die englische Anleihe gefordert worden seien und fügte dieser Erklärung folgende Bemerkung hinzu:

„In der Tat wurde bei den letzterzeit in Amsterdam abgehaltenen Besprechungen überhaupt nie ein höherer Zinssatz in Vorschlag gebracht, sondern es handelte sich um eine Vereinbarung, die ohne weitere Diskussion zustande kam. Wenn die kommunistische Internationale offiziell solche Lügen verbreitet, soll sie wenigstens so anständig sein und nun auch ihre saubere Auskunftsquelle vermeiden!“

Von der kommunistischen Internationale wird niemand etwas anderes erwarten als die Verbreitung von Lügen gegen die Amsterdamer Gewerkschaften. Wir müssen aber hier nochmals die bedauerliche Feststellung machen, daß der derzeitige Vorsitzende des IGB, Purcell, diesen Lügen Vorschub geleistet hat, indem er in seinem Interview mit „Anprekor“ behauptete, es wäre zunächst ein höherer Zinssatz gefordert, aber zurückgewiesen worden. Auch seine sonstigen Ausführungen in diesem Zusammenhang waren darauf angelegt, die Amsterdamer Gewerkschaften verächtlich zu machen und die kommunistischen Lügen zu unterstützen. Es möchte ihm dabei nichts aus, wenn durch die Verbreitung dieser Lügenmeldungen der Kampf der englischen Bergarbeiter gefährdet wird.

Wir sind gewiß Anhänger der Diskussionsfreiheit. Wir denken nicht daran, innerhalb der Amsterdamer Internationale etwa ein Regime aufzurichten zu wollen, wie es in den kommunistischen Sektionen der Moskauer Internationale, wo ein „Abweichen von der Linie“, die ein in Moskau herrschendes Triumpvirat vorzeichnet, genügt, um die große Säge in Bewegung zu setzen.

Es ist aber ein auf die Dauer unerträglicher Zustand, wenn der Vorsitzende des IGB, die kommunistischen Hehlreden gegen die Amsterdamer Internationale unterstützt. Wir wissen wohl, daß die dem IGB angeschlossenen Organisationen praktisch keinen Einfluß haben auf die Stellung des Vorsitzenden des IGB. Es wäre aber wohl an der Zeit, wenn dem Generatrat der englischen Gewerkschaften nahe gelegt würde, wie schädlich gerade für die Einheit der Internationale das Gerede Purcells ist. So wie bisher geht es wirklich nicht mehr.

Kundgebung des Malerverbandes.

Gegen die Mißstände im Malergewerbe.

Der Verband der Maler und Lackierer hatte zu gestern abend 4 öffentliche Versammlungen einberufen, die teilweise überfüllt waren. In diesen Versammlungen entwarfen die Vertreter der Organisation ein Bild von den Mißständen im Berliner Malergewerbe, wie es schon in der letzten Funktionärerversammlung gezeichnet worden war, über die wir ausführlich berichteten. Die Organisationsvertreter zeigten auch, daß bei einem besseren Organisationsverhältnis der Maler diese Mißstände, die nicht nur ein Schaden für das Malergewerbe, sondern für die gesamte Öffentlichkeit sind, nicht hätten einreihen können. Diese Mißstände werden nicht eher gänzlich beseitigt werden können, bis sich die Malergehilfen wieder auf ihre Organisation befinden.

Die Organisation wird sich jetzt aber nicht mehr auf die Agitation zur Gewinnung von Mitgliedern beschränken, um dadurch die Voraussetzungen zur Abstellung dieser Mißstände zu schaffen, sondern die Firmen der Öffentlichkeit preisgeben, die durch Fälschung, Fälschung, Fälschung und andere unfaubere Geschäftspraktiken die Auftraggeber betrügen und das gesamte Malergewerbe in Mißkredit bringen.

Die Auftraggeber, seien es die Kommunen oder Privatleute, können aber auch ein großes Teil dazu beitragen, diesen Firmen das Handwerk zu legen, wenn sie bei der Abnahme der Arbeiten darauf achten, ob sie auch entsprechend den Ansprüchen ausgeführt sind. Vor allem müßten die Auftraggeber den Firmen gegenüber, die so auf fallend billige Kostenschläge machen, mißtrauischer sein, denn meist wird ihnen diese „billige“ Arbeit doppelt so teuer wie eine reell kalkuliert. Jedemfalls muß die Öffentlichkeit die Organisation in ihren Bestrebungen unterstützen, die Pseudofirmen wieder zu reell arbeitenden Firmen zu erziehen.

Die Diskussion war in allen Versammlungen, mit ganz geringen Ausnahmen, sachlich und im Sinne der Referate, so daß die Versammlungen völlig störungslos verliefen und einen erfolgreichen Abschluß fanden.

Sie fühlen sich.

Die landwirtschaftlichen Unternehmerverbände.

Nach der „Neuen Niederschlesischen Zeitung“ Nr. 169 fand vor einiger Zeit eine Versammlung der Vereinigten land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgeberverbände der Kreise Glogau und Fraustadt statt, in der der erste Vorsitzende, Major a. D. Fischer-

Salisch, auch über die Lage der landwirtschaftlichen Arbeitgeberverbände sprach. Der Redner führte unter anderem folgendes aus:

„Nicht nie ist die Lage der Arbeitgeber so stark gewesen, wie heute... Ueberhaupt muß die Wirtschaftspolitik der landwirtschaftlichen Arbeitgeberverbände dahin gehen, als ideales Ziel ohne Gewerkschaften zu arbeiten und als praktisches Ziel jede Forderung der Gewerkschaften, wo es angebracht ist, abzulehnen. Dann erst wird den Gewerkschaften der Halt genommen und es wird wieder Ruhe in den Wirtschaftsbetrieben vorhanden sein. Es ist unpraktisch, wenn man ein vermehrtes Verdienen während der Erntezeit durch eine schematische Erhöhung der Stundenlöhne fördern würde. Dadurch werden nur die Bestrebungen der Gewerkschaften unterstützt.“

Diese Ausführungen zeigen wieder einmal, daß die landwirtschaftlichen Unternehmer, besonders die Schlesier, die Forderungen auf Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse weniger aus materiellen als vielmehr aus grundsätzlichen Erwägungen ablehnen. Ihr gebendeter Blick führt sie über alle Not der Landarbeiter hinweg zu der kleinlichen Meinung, der Verband könnte einen Erfolg haben, wenn auf seine Wünsche reagiert wird und seine Bemühungen erfolgreich sind.

Viel Schuld an dieser Einstellung der landwirtschaftlichen Unternehmer tragen die behördlichen Stellen. Ihre Pflicht wäre es schon

Mitglieder des DMV.

Ihr müßt vollständig die Wahlkörperverammlungen besuchen!

längst gewesen, klar und unzweideutig zu erklären, daß bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Landwirtschaft fortan nur noch praktische und vernünftige Erwägungen und nicht mehr machtpolitische und prinzipielle Erwägungen ausschlaggebend sein dürfen.

Wie der DSV. sich Adressen verschafft.

Unter dem Anschein statistischer Erhebungen.

Befcheidenheit ist nie eine Tugend des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes gewesen. Mit der seiner politischen Anschauung adäquaten Unvorsichtlichkeit setzt er sich über alle Schranken hinweg, wenn es der Zweck notwendig macht. Erst vor kurzem hat er auf dem Umwege über die deutschnationalen Krankenkassen sich an die Bürgermeistereien unter Verjagung auf statistische Erhebungen wegen der Adressen der kaufmännischen Angestellten gewandt. Da diese trümmern Pfade anscheinend nicht zum Ziel geführt haben, hat er sich jetzt ein amtliches Mäntelchen umzuhängen versucht und sich mit einer neuen Anfrage an die Bürgermeistereien gewandt. Uns liegt ein Rundschreiben vor von dem Gesamtverband deutscher Angestelltengewerkschaften, Ortsauschuß Mannheim — dahinter verbirgt sich „Schamhaft“ der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband, weil es der Zweck der Anfrage erfordert —, in dem es heißt:

Betr. Materialbeschaffung Arbeitsgerichte betr.

Für die im Reichstag in Gang befindliche Beratung des Arbeitsgerichtsgesetzes wird statistisches Material darüber benötigt, welche Angestellte (kaufmännische und technische) heute bereits von den bestehenden Kaufmanns- bzw. Gewerbeämtern erfasst werden und in welchem Maße das Interesse in den beteiligten Kreisen für die Ausdehnung dieser Gerichtsbarkeit besteht.

Um das durch Anfrage feststellen zu können, benötigen wir die Adressen der dort wohnenden männlichen und weiblichen Angestellten, um deren Mitteilung auf befolgendem Bogen wir das verehrliche Bürgermeisteramt hiernüt höflich bitten.

Etwa entstehende Kosten bitten wir per Nachnahme zu erheben. Nach dem Wortlaut der Anfrage muß der Anschein erweckt werden, als ob der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband im höheren, gewissermaßen amtlichen Auftrage handelt, während der wirkliche Zweck nichts weiter ist, als Adressen zur Werbearbeit unter den kaufmännischen Angestellten zu erhalten. Treu, deutsch und bieder. Da es sich wahrscheinlich um eine planmäßige Arbeit handelt, möchten wir durch die Veröffentlichung dieses Rundschreibens allgemein dazu beitragen, dem Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband die Arbeit etwas zu erleichtern.

Die Hamburger Pfefferfäcke.

Sie wollen die Löhne abbauen.

Hamburg, 1. September. (Eigener Drahtbericht.) Die zuständige Arbeitgeberorganisation und der Hafenbetriebsverein haben alle für den Hamburger Hafen bestehenden Lohnverträge kündigt und eine Lohnherabsetzung um 10 Proz. für alle Lohnpositionen beantragt. Eine Begründung dafür wurde nicht gegeben. Wozu sich auch in grifflige Listosen stürzen? — Wie im Hamburger Hafen, so stehen auch in den Werftbetrieben Lohnkämpfe bevor, da die Werftarbeiter das bisherige Lohnabkommen gekündigt haben.

Streikbeschluss der polnischen Bergarbeiter.

Zum 6. September.

Warschau, 2. September. (W.B.) Gestern fand in Dombrowa ein von 600 Delegierten beschickter Kongress der Grubenarbeiter sämtlicher polnischen Kohlenreviere, einschließlich des ober-schlesischen, statt, auf der der einstimmige Beschluss gefasst wurde, ab Montag, den 6. September, in allen Revieren in den Ausstand zu treten, sofern die Arbeitgeberverbände die Lohnforderungen der Kohlenarbeiter bis Sonnabend, den 4. September, nicht berücksichtigen sollten.

Wirtschaft

Für ländliche Siedlung in Norddeutschland.

Der Reichstag hat bekanntlich zur Förderung der ländlichen Siedlung einen Kredit von 250 Millionen Mark zur Verfügung gestellt, mit Hilfe dessen alljährlich sechs bis achttausend Neubieder in Norddeutschland angelegt werden sollen. Aus württembergischen landwirtschaftlichen Kreisen haben sich nur in kurzer Zeit mehr als hundert Bewerber hierfür gemeldet. Eine Studienkommission, die vom 8. bis 17. August Ostpreußen und Pommern bereiste, hat dabei, laut Telesion, die Ueberzeugung gewonnen, daß süddeutschen Landwirten, die zu Hause zur Zeitigung in der Landwirtschaft keinen Raum finden, empfohlen werden kann, ihre Schritte nach Norddeutschland zu wenden. Von Reich und Ländern soll die Kreditbasis zu ermäßigtem Zinssatz so verbreitert werden, daß auch bedürftigen jungen Landwirten, die eine besondere Eignung nachweisen, geholfen werden kann. Es wird damit gerechnet, daß in den nächsten Jahrzehnten alljährlich fünf bis sechs geschlossene süddeutsche Siedlungsdörfer zu je vierzig bis fünfzig Bauern und landwirtschaftlichen Handwerkern in den norddeutschen Siedlungsgebieten neu entstehen können. Nach Rücksprache mit den in Betracht kommenden landwirtschaftlichen und politischen Organisationen wird in den nächsten Tagen in Stuttgart eine süddeutsche Arbeitsgemeinschaft für ländliche Siedlung in Norddeutschland gegründet werden.

Für ein Konzessionsrecht des Reiches bei der Elektrizitätsverzeugung. Der Kommunale Elektro-Zweckverband Mitteldeutschland hat an den Reichswirtschaftsminister eine Eingabe gemacht, in der er vorschlägt, die Höchstspannungsleitungen und auch die wichtigen Linien geringerer Spannung ebenso wie den Ausbau neuer Kraftausbauten unter eine schärfere Kontrolle des Reiches zu bringen. Man weist auf die Notwendigkeit des Zusammenarbeitens zwischen den verschiedenen großen Gebieten der Elektrizitätsverzeugung hin, die auf Braunkohle, Steinkohle und der Wasserkraft aufbaut und glaubt, daß die Stromlieferung besser sichergestellt und erheblich billiger werden kann, wenn die einzelnen Großwerke nicht nebeneinander, sondern miteinander arbeiten. Um diese Zusammenarbeit herbeizuführen, will man nicht etwa ein Reichsmonopol im früheren Sinne, sondern nur die Konzeptionierung neuer Leitungen und Kraftanlagen; eine Reichselektrizitätskommission soll mit Anweisungen in die Technik und Bewirtschaftung des bestehenden Elektrizitätsnetzes einzugreifen berechtigt sein. Zu erwägen wäre, ob diese Reichselektrizitätskommission nicht auch beratend bei dem Abschluß wichtiger Stromlieferungsverträge mitwirken hätte, um auf eine Verbilligung der Strompreise durch bestmögliche Ausnutzung der vorhandenen Kraftanlagen und Leitungen hinarbeiten zu können.

Steigender Abfall der Kalkindustrie. Der Abfall von Kalk war im August wesentlichen Veränderungen nicht unterworfen; es ist eine geringe Belebung der Bauindustrie und infolgedessen verstärkter Abfall an das Baugewerbe zu verzeichnen. In Verbindung hiermit bewiesen auch die Kalksandstein- und Schwemmsteinfabriken eine größere Aufnahmefähigkeit. Die Belebung des Geschäfts mit der Eisen- und Stahlindustrie hielt an, dürfte aber nur von vorübergehender Dauer sein. Der Abfall an die chemische Industrie erlitt ein einheitliches Bild; während das Geschäft in Rohstoffen stellenweise zurückging, hat sich erhöhter Bedarf an Brandtall bemerkbar gemacht. Nach wie vor schleppt sich der Abfall von landwirtschaftlichem Düngestoff. Dagegen ist die steigende Beliebtheit des Kalkstickstoffs beachtenswert. Alles in allem bleibt die Beschäftigung der Kalkindustrie hinter derjenigen des Vorjahres immer noch zurück. Ueber den Stand der Produktion gewinnt man am besten ein Bild, wenn man sich daran erinnert, daß im Vorjahre 3,7 Mill. Tonnen Brandtall abgefertigt wurden, im Gegenjahr zur Gesamtleistungsfähigkeit der Werke von 11 Mill. Tonnen und zu dem Abfall von 6,4 Mill. Tonnen im Jahre 1913.

Bevorratungstendenzen in der internationalen Textilindustrie. Amerikanische Textilinteressen betreiben neuerdings die Gründung von trustartigen Interessengemeinschaften (Pools) für die verschiedenen Textilbranchen der Vereinigten Staaten. Der Zusammenschluß hat den Zweck, die Rohstoffpreise zu regulieren, die Löhne festzusetzen, die Absatzgebiete zu bestimmen und den Exporthandel zu fördern. Man beabsichtigt, diese Organisation durch Zusammenarbeit mit den Textilindustrien anderer Länder beratend auszugestalten, daß der ganze Weltmarkt von diesem Reich von Interessengemeinschaften beherrscht wird. So haben kürzlich Verhandlungen mit den englischen Baumwollindustriellen in Manchester stattgefunden, die einem Zusammenschluß geneigt sind, jedoch auf die Beseitigung der amerikanischen Textilzölle drängen. Dem legen die Amerikaner Widerstand entgegen. Wenn die Einigung mit England erzielt ist, soll zunächst auch die deutsche Textilindustrie und später die der übrigen Länder Europas und Asiens in den Verband einbezogen werden.

Die Bestellungen Sowjetrußlands in Deutschland. Die Handelsvertretung der UdSSR hat nach ihrer Mitteilung im dritten Quartal des Wirtschaftsjahres 1923/24 (April bis Juni) 1679 Bestellungen im Werte von 47,7 Mill. M. (erstes Quartal 3367 Bestellungen für 14,2 Mill. M., zweites Quartal 616 Bestellungen für 17,3 Mill. M.) und im Juli 904 Bestellungen im Werte von 34,8 Mill. M. vergeben. Davon entfallen auf die allgemeine technische Abteilung im dritten Quartal 16,4 Mill. M. und 12,4 Mill. M. im Juli, auf die allgemeine Warenkaufabteilung im dritten Quartal 9,8 Mill. M. und 7,8 Mill. M. im Juli, auf die Abteilung Werkzeugmaschinen im dritten Quartal 4,1 Mill. M. und 7 Mill. M. im Juli, auf die Abteilung Schwachstrom im dritten Quartal 3,4 Mill. M. und 0,9 Mill. M. im Juli und auf die landwirtschaftliche Abteilung im dritten Quartal 3,3 Mill. M. und 0,3 Mill. M. im Juli.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geier; Wirtschaft: Arthur Strauss; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Sozialpolitik: Dr. John Schilowski; Verkehr und Seefahrt: Fritz Karst; Ausland: Th. Glöck; Amtlich in Berlin: Berlin: Formärts-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Formärts-Verlagsanstalt und Verlagsanstalt Carl Singer u. Co., Berlin SW 68, Eidenstraße 2.

Allgemeine Ortskrankenkasse für Berlin-Steglitz

Bekanntmachung

Die Vertreter der Arbeitgeber und Beschäftigten im Ausschuss werden hiernüt zu dem am Dienstag, den 14. September 1923, abends 8 Uhr, im Ratskeller, hier: Berlin, Steglitz, 55, stattfindenden außerordentlichen Ausschussbesitzung höflich eingeladen.

Tagesordnung:

1. Raumwahl des Ausschuss-Vorsitzenden.
 2. Sachverständigenberatung, 3. Beschlüsse.
- Berlin-Steglitz, den 1. September 1923.

Der Vorstand

Finanz: Hagin
Vorsitzender: Hagin
Schriftführer: Hagin

Ueber Nacht

wird jung und alt, ob klein oder groß

und unangenehmen Läuseplage

bereit nach Gebrauch meines schneell und sicher wirkenden Rabbit-Wildes

„Ja-So“ Läusetod

Gegen Kopf- und Beugläuse mit Brust

Flügel 75 Pfennige. Nur allein echt bei

Arthur Mothes, Berlin, Swinemünder Str. 41

Sport-Stiefel

Wanderstiefel :: Bergsteiger

nur in dem bekannten Spezialgeschäft

Berlin Spittelmarkt 7

H. Bähr n. b. Brüder

Einen gesunden Schlaf

und damit eine Kräftigung des ganzen

Nervensystems erzielen Sie durch den

echten „Baldravin“

Valerianen-Geist unter Nr. 342681.

Er enthält sämtliche Extraktstoffe

der Balduranwurzel in reiblicher

Äußerung. Alle Nachahmungen,

die als überlegen angepöbeln werden,

weisen man mitzuerkennen. — Zu

haben in Apotheken und Drogerien.

Herkunft:

Otto Stumpf & Co., Chemnitz



URANIA

12 Monatshefte
und 4 wertvolle Bücher
vierjährlich... nur 1,60 Mk.
mit Ganzleinen-Buch 2,25 Mk.
Probehefte und Prospekte gratis

Zu beziehen durch die Annahmestellen
und die Botenfrauen des „Vorwärts“



Bettfedern

aus erster Hand, 1/2, 3/4, 1, 1 1/2, 2, 2 1/2, 3, 3 1/2, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100

Metallbetten

Stahlmatratzen, Kinderbetten billig zu Pk.
Kat. 633 fr. Eisenmöbelabrik Suhl Thür.

Zuckerkrank

Fragen Sie Ihren Arzt! A. Siegers Anti-diabeticum und verlangen Sie kostenlos diesbezügliche, hochinteressante Schriften durch Pr. Löw, Waldorf B 37 (Hessen)

Wochenend-Par-

ellen, 1/2, 1, 1 1/2, 2, 2 1/2, 3, 3 1/2, 4, 4 1/2, 5, 5 1/2, 6, 6 1/2, 7, 7 1/2, 8, 8 1/2, 9, 9 1/2, 10, 10 1/2, 11, 11 1/2, 12, 12 1/2, 13, 13 1/2, 14, 14 1/2, 15, 15 1/2, 16, 16 1/2, 17, 17 1/2, 18, 18 1/2, 19, 19 1/2, 20, 20 1/2, 21, 21 1/2, 22, 22 1/2, 23, 23 1/2, 24, 24 1/2, 25, 25 1/2, 26, 26 1/2, 27, 27 1/2, 28, 28 1/2, 29, 29 1/2, 30, 30 1/2, 31, 31 1/2, 32, 32 1/2, 33, 33 1/2, 34, 34 1/2, 35, 35 1/2, 36, 36 1/2, 37, 37 1/2, 38, 38 1/2, 39, 39 1/2, 40, 40 1/2, 41, 41 1/2, 42, 42 1/2, 43, 43 1/2, 44, 44 1/2, 45, 45 1/2, 46, 46 1/2, 47, 47 1/2, 48, 48 1/2, 49, 49 1/2, 50, 50 1/2, 51, 51 1/2, 52, 52 1/2, 53, 53 1/2, 54, 54 1/2, 55, 55 1/2, 56, 56 1/2, 57, 57 1/2, 58, 58 1/2, 59, 59 1/2, 60, 60 1/2, 61, 61 1/2, 62, 62 1/2, 63, 63 1/2, 64, 64 1/2, 65, 65 1/2, 66, 66 1/2, 67, 67 1/2, 68, 68 1/2, 69, 69 1/2, 70, 70 1/2, 71, 71 1/2, 72, 72 1/2, 73, 73 1/2, 74, 74 1/2, 75, 75 1/2, 76, 76 1/2, 77, 77 1/2, 78, 78 1/2, 79, 79 1/2, 80, 80 1/2, 81, 81 1/2, 82, 82 1/2, 83, 83 1/2, 84, 84 1/2, 85, 85 1/2, 86, 86 1/2, 87, 87 1/2, 88, 88 1/2, 89, 89 1/2, 90, 90 1/2, 91, 91 1/2, 92, 92 1/2, 93, 93 1/2, 94, 94 1/2, 95, 95 1/2, 96, 96 1/2, 97, 97 1/2, 98, 98 1/2, 99, 99 1/2, 100

Achtung!

Billiger Fleisch- und Wurstverkauf

billig und gut

40 Thierstraße 40

Tapeten 25, 30, 35 Pfg.

Riesenauswahl.

herrliche Muster, Linoleum u. Wachstuche, Cocosmatten nur bester Qualität in großer Auswahl.

R. Lode, Artilleriestraße 36a
Ecke Elsäßer Straße

Vorzeiger erhält 5 Prozent Rabatt.

Photoapparate, Feldstecher

kaufen Sie gut und preiswert im

Photo-Spezialhaus Haller, Kottbuser Damm 98